

Wie das Europäische Jahr 2014 hätte sein können

Seit 1983 stellt die Europäische Union jedes Jahr unter ein bestimmtes Motto. Dabei wird jeweils ein gesellschaftspolitisches oder kulturelles Thema ausgewählt, zu dem dann auf europäischer und nationaler Ebene Veranstaltungen stattfinden. Diese Veranstaltungen werden von der Europäischen Union finanziell und ideell unterstützt. Das Europäische Jahr ist ein großer Erfolg der Union, wie man zum Beispiel am vergangenen Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger gut nachvollziehen kann. Leider wird es im Jahr 2014 kein neues Thema für ein Europäisches Jahr geben, so die Antwort des Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso auf die Anfrage eines Parlamentskollegen vom 3. Dezember 2013. Er weist darauf hin, dass man sich in Vorgesprächen nicht auf ein Thema einigen konnte und dass es aufgrund der anstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 25. Mai 2014 zu einem institutionellen Wechsel komme. Daher habe man sich dazu entschlossen, die Maßnahmen des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger auch in 2014 fortzusetzen¹

In meinem Beitrag möchte ich einen Rückblick auf das sehr erfolgreiche Jahr der Bürgerinnen und Bürger geben und die Bedeutung der Europäischen Jahre für die Zivilgesellschaft deutlich machen. Darüber hinaus möchte ich einen eingereichten Vorschlag für das Europäische Jahr 2014 - nämlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf – näher erläutern.

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger war ein voller Erfolg. In mehr als hundert Veranstaltungen in ganz Europa ging es im letzten Jahr um die EU-Bürgerschaft und die damit verbundenen Rechte und Pflichten. Die Unionsbürgerschaft trat 1993 mit dem Vertrag von Maastricht in Kraft – 2013 wurde also das 20-jährige Bestehen gefeiert. In den letzten Jahren geschieht die Verbindung von Europa und Krise fast automatisch. In der Öffentlichkeit werden Kosten der Unionsmitgliedschaft diskutiert, darüber gestritten, wer am meisten zahlt und dass man ohne ein vereinigtes Europa vielleicht doch besser dran wäre.

¹ Die Antwort des Kommissionspräsidenten im Wortlaut auf:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getAllAnswers.do?reference=P-2013-012282&language=DE>.

Nationale Egoismen brachen auf, populistische Parolen sind salonfähig geworden. Das Vertrauen in Europa sinkt weiter und die Bürgerinnen und Bürger beklagen, dass Europa zu weit weg ist und schwierig zu verstehen. Genau aus diesen Gründen stellte das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger die Vorteile der Europäischen Union, sowie die Frage, wie Europa in 20 Jahren aussehen soll, in den Mittelpunkt. Es fanden Bürgerdialoge mit europäischen und nationalen Politikern in ganz Europa statt; außerdem Online-Konferenzen, Video- und Fotowettbewerbe.

Mit dem Motto des letzten Jahres sollte Europa den Bürgerinnen und Bürger wieder nähergebracht werden. Seit Beginn der Krise ist Europa stärker denn je mit negativen Dingen verbunden: Millionenhilfen für Banken, Verhandlungen hinter geschlossenen Türen, Diskussionen über vermeintlich faule Griechen, Regelungswut der Kommission, undemokratische Politik am Menschen vorbei usw. Fakt ist, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in Europa ist gesunken. Das belegen auch Zahlen des Eurobarometer aus dem letzten Jahr: Nur 33% der Europäerinnen und Europäer haben Vertrauen in Europa – ein historischer Tiefpunkt. Dabei ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nicht nur mit Vorteilen für die Wirtschaft eines Landes, sondern gerade auch für die Bürgerinnen und Bürger verbunden. Doch das bleibt oft ungesagt. Daher stand die Stärkung der Unionsbürgerschaft mit ihren Rechten und Pflichten im Vordergrund des Europäischen Jahres der Bürgerinnen und Bürger. Die Regelungen, die aus Brüssel kommen, haben direkten Einfluss auf unser alltägliches Leben – und zwar durchaus positiven. In der Öffentlichkeit herrscht das Bild der regelungswütigen Eurokraten, die Glühbirnen verbieten und den Krümmungsgrad von Gurken bestimmen. Dass aber aus Europa auch Vorschriften kommen, die unsere Rechte bei Verspätungen von Flugzeugen stärken, geht oft unter. Hier ein realistisches Bild herzustellen, das sowohl die Stärken als auch die durchaus vorhandenen Schwächen der Union darstellt, ist auf den zahlreichen Veranstaltungen im letzten Jahr sehr gut gelungen. Darüber hinaus lag es im Interesse der Europäischen Union deutlich zu machen, dass es viele Möglichkeiten gibt, sich in europapolitische Themen und Fragestellungen einzumischen und mitzureden. Ich selbst war im Rahmen des Europäischen Jahres bei einem Bürgerforum in meiner Heimatstadt. Dort wurden spannende Fragen gestellt und es ergab sich eine interessante Diskussion zur Zukunft Europas. Ich habe dabei festgestellt, dass die Menschen die Europäische Union nicht an sich in Frage stellen. Vielmehr machen sie sich Gedanken um die konkrete Ausgestaltung der Union und dabei wollen sie mitreden und mitgestalten. Und genau darum geht es doch in einer Demokratie.

Das Europäische Jahr der Bürgerinnen und Bürger war ein voller Erfolg. Es ist gut, dass die Maßnahmen auch 2014 weitergeführt werden. Dennoch finde ich es schade, dass nicht wie bisher, das neue Jahr unter ein anderes Motto gestellt wurde. An Vorschlägen hat es dabei wahrlich nicht gemangelt. Zum Beispiel habe ich mit einigen Kolleginnen und Kollegen der Kommission folgenden Vorschlag gemacht: Das Jahr 2014 sollte das Jahr der Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden. Ein Thema, das nach wie vor aktuell ist. Viele Worte werden in der Öffentlichkeit gemacht, die eine Verbesserung der Situation fordern. Leider bleibt es oft dabei. Nach wie vor liegt hier einiges im Argen. In vielen europäischen Ländern fehlt es weiter an flexiblen Arbeitszeitmodellen und Betreuungsmöglichkeiten, die eine einfache Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit erlauben. Außerdem gibt es immer noch große Unterschiede in der Bezahlung zwischen Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit. Eine Folge dessen ist ein erhöhtes Armutsrisiko für Frauen im Alter, denn geringerer Arbeitsverdienst bedeutet auch geringere Altersversorgung. Im europäischen Durchschnitt liegt der so genannte Gender Pay Gap bei 17%, in Deutschland sogar bei 22%. Außerdem sind Frauen häufiger im Niedriglohnbereich beschäftigt.

Auch das Rollenbild ändert sich nur langsam: Nach wie vor sind Frauen die Hauptzuständigen für die Versorgung von Kindern, pflegebedürftigen Angehörigen und den Haushalt – auch bei voller Berufstätigkeit beider Partner. Ebenfalls impliziert der Begriff Familie immer noch den traditionellen Familienbegriff, mit dem ein verheiratetes Paar (Mann und Frau) mit Kindern gemeint ist. Dieser eingeschränkte Familienbegriff ist meiner Meinung nach überholt und entspricht auch nicht mehr der Realität. Wichtig ist mir daher besonders folgender Punkt: Wir brauchen einen erweiterten Familienbegriff. Für mich ist Familie da, wo Verantwortung für Angehörige übernommen wird. Alleinerziehende Mütter und Väter, Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtliche Paare, die sich um einen pflegebedürftigen Angehörigen kümmern und viele andere Familienformen und -situationen verdienen volle Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben. Auszeiten in der Vita oder Reduzierung der Arbeitszeit, um sich um die Familie zu kümmern, sollten – auch für Männer – ganz normal werden.

Auch wenn sich in den letzten Jahrzehnten viel getan hat – im Denken, in der öffentlichen Diskussion und im Handeln – so sind wir jedoch von einer Selbstverständlichkeit noch weit entfernt. Um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, brauchen wir qualitativ hochwertige Betreuungseinrichtungen für Kinder und Pflegebedürftige. Außerdem müssen in allen Phasen der Bildung eingeschränkte und stereotype Rollenbilder überwunden werden. Das müssen auch europäische Jugendprogramme leisten. Wir

brauchen gesetzliche Regelungen für Entgeltgleichheit und damit verbunden eine regelmäßige unabhängige Prüfung dieser Entgeltgleichheit. Ein gesetzlicher Mindestlohn und sozialer Versicherungsschutz ab dem ersten Arbeitstag trägt ebenfalls zu einer Verbesserung der Situation bei, ebenso wie die Einschränkung von Befristungen und Teilzeitarbeit.

Die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsleben ist aus zwei Gründen erforderlich: Zum einen trägt sie zur Gleichstellung der Geschlechter bei und zum anderen ist sie auch für die Wirtschaft dringend notwendig. Denn dem Fachkräftemangel kann nur entgegengewirkt werden, wenn weiterhin mehr Frauen in den Arbeitsmarkt kommen. Und auch bei der Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland sind die Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein harter Standortfaktor.

Auch wenn nun kein neues Motto ausgegeben wurde und somit das des Jahres 2013 weiter aktuell bleibt, möchte ich noch einmal betonen, wie wichtig ich die Europäischen Jahre finde. Sie schaffen eine Verbindung zwischen aktuellen gesellschaftlich relevanten Themen und den Bürgerinnen und Bürgern. Die Veranstaltungen werden sehr gut angenommen und es ergeben sich Impulse nicht nur für die gesellschaftliche Entwicklung, sondern auch für die Entwicklung der europäischen und nationalen Politik. Ich finde es schade, dass man sich nicht auf ein neues Thema für das Jahr 2014 einigen konnte und bin enttäuscht darüber, dass die Kommunikation nicht offen und ehrlich geschehen ist. Mit den Europäischen Jahren ist Europa seit über 30 Jahren in der Gesellschaft präsent. Relevante Themen, die aktuell die Bürgerinnen und Bürger Europas betreffen, werden aufgegriffen, diskutiert und Zukunftsvisionen entwickelt. Begrüßenswert ist allerdings, dass vorerst die Maßnahmen zum Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger auch in 2014 fortgeführt werden. Allerdings hoffe ich – und ich werde mich nach meinen Möglichkeiten dafür einsetzen – dass das Jahr 2015 wieder ein neues Motto bekommt und die Europäischen Jahre weitergeführt werden.

Autorin: Jutta Steinruck ist seit 2009 Abgeordnete im Europäischen Parlament (S&D). Sie ist Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, sowie stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss und im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.

Kontakt: jutta.steinruck@europarl.europa.eu